

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/3278

Frederik Heinz

09.09.2014

Landesvorsitzender Junge Union Schleswig-Holstein

Stellungnahme zur Ausweitung von Präventionsmaßnahmen auf alle Formen von Extremismus

Sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Rechtsausschusses,
sehr geehrte Damen und Herren,

anbei sende ich Ihnen die Stellungnahme der Jungen Union Schleswig-Holstein (JU SH) zum Antrag der CDU-Fraktion, allen Formen des Extremismus entgegenzuwirken

Die Junge Union Schleswig-Holstein spricht sich ausdrücklich für den Antrag der CDU- Fraktion aus, allen Formen des Extremismus durch Prävention entgegenzuwirken und die Prävention nicht auf den Rechtsextremismus zu beschränken.

Dass Rechtsextremismus eine Gefahr für die freiheitlich- demokratische Grundordnung darstellt, wollen wir in keinem Fall in Frage stellen. Prävention gegen Rechtsextremismus halten wir für wichtig und richtig.

Dennoch stellt Rechtsextremismus nicht die einzige Form des Extremismus dar. Auch links- und religiös-motivierter Extremismus darf nicht vernachlässigt und vor allem nicht verharmlost werden.

Linksextremisten streben je nach ideologischer Ausrichtung die Überwindung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung durch eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft an oder wollen eine, herrschaftsfreie, anarchistische Gesellschaft errichten. Dabei wird auch die Anwendung von Gewalt gegen Sachen

und Personen als legitimer Bestandteil der politischen Arbeit betrachtet. Diese Formen extremistischer Kriminalität stellen einen Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Die JUSH tritt politischem Extremismus, seinen Gewaltexzessen sowie dem Entstehen von radikalen und militanten Parallelgesellschaften entschlossen entgegen.

Der vom Innenminister Breitner angeführte „geringe Aktionismus“ linksextremer Gruppierungen rechtfertigt es nicht, diesen als unbedeutend zu klassifizieren. Gerade aufgrund der Tatsache, dass linksextreme Straftaten steigen, zeigt, dass auch diesem Gedankengut entgegengewirkt und in Bezug auf die Gefahren des Linksextremismus aufgeklärt werden muss. Insbesondere in Hamburg wurde im letzten Jahr deutlich, inwieweit sich die Gewaltspirale des linksextremen Spektrums ausweiten kann, wenn diesem nicht entscheidend entgegengewirkt wird.

Initiativen, Demokratie zu stärken sind ein wichtiger Bestandteil von Präventionsprogrammen, reichen bei bereits verankertem extremistischem Gedankengut jedoch nicht aus

Werden weiterhin die Augen vor den Gefahren des Linksextremismus verschlossen, stellt dies eine leichtfertige Hinnahme erheblicher Gefahren für die Gesellschaft in unserem Land dar und macht es extremistischen Gruppierungen wesentlich einfacher weiterhin zu agieren und Anhänger zu gewinnen.

Aber auch der religiöse Extremismus in Form von Islamismus oder Salafismus muss von Präventionsangeboten umfasst werden. Gerade die Entwicklungen während der Sommermonate mit antisemitischen Tendenzen und Ausprägungen zeigt in aller Deutlichkeit, dass von den Anhängern des Islamismus und Salafismus eine Gefahr ausgeht und diese in keinem Fall zu verharmlosen ist.

Bei Prävention hat es egal zu sein, aus welcher Richtung extremistische Tendenzen kommen. Wenn extremistisches Gedankengut vorliegt und dieses die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet, muss diesem entschieden entgegengewirkt werden. Demokratiefördernde Maßnahmen kommen bei Extremisten bereits zu spät. Wenn jemand einer extremistischen Gruppierung angehört, wird man ihn über diese Argumentation nicht mehr erreichen und muss individuell auf die Gefahren der Einzelnen Ausprägungen des Extremismus hinweisen und über die Gefahren und Konsequenzen aufklären.

Wir sprechen uns daher ausdrücklich für eine Ausweitung des Präventionsangebotes gegen alle Formen des Extremismus aus.

Mit freundlichen Grüßen,

Frederik Heinz

Landesvorsitzender Junge Union Schleswig-Holstein